

Medienmitteilung vom 13. April 2026:

4450 Unterzeichnende fordern von SBB & Co.: «Kein Gefängnis für Armut!»

Mit einem überdimensionalen Busbillett hat der Freiheitsfonds Schweiz heute um 16:30 Uhr die Petition «Kein Gefängnis für Armut» beim Hauptsitz der SBB abgegeben.

4450 Unterzeichnende fordern SBB und die Alliance SwissPass als Vertreter der gesamten ÖV-Branche dazu auf, künftig auf Strafanzeigen bei Fahren ohne gültiges Billett zu verzichten.

Heute führen solche Anzeigen regelmässig dazu, dass Menschen ins Gefängnis müssen – nicht wegen eines schweren Delikts, sondern weil sie die von der Staatsanwaltschaft verhängte Busse nicht bezahlen können. Grund dafür ist die sogenannte Ersatzfreiheitsstrafe.

In der Schweiz gilt: Wer eine Busse oder Geldstrafe nicht bezahlt, verbüsst eine Haftstrafe. Mehr als die Hälfte aller Haftantritte gehen auf solche Ersatzfreiheitsstrafen zurück. Die Praxis trifft besonders Menschen in prekären Lebenslagen – und bestraft finanzielle Armut.

Die Folgen sind gravierend: Die Haft kann zum Verlust von Arbeitsplatz, Wohnung und sozialem Umfeld führen und schadet der psychischen Gesundheit erheblich. Gleichzeitig verursacht sie hohe Kosten für die öffentliche Hand – ein Hafttag kostet den Staat zwischen 250 und 350 Franken. Schon heute sind viele Vollzugseinrichtungen überlastet. Auch wegen der vielen Ersatzfreiheitsstrafen.

Der intendierte abschreckende Effekt bleibt ohnehin aus: Wer sich ein Billett nicht leisten kann, hat keine andere Wahl als das Gesetz zu brechen und wird auch von einer Freiheitsstrafe nicht davon abgehalten. Stattdessen verschärft das System bestehende soziale Probleme.

Im Frühjahr lehnte der Nationalrat eine Motion der SP-Abgeordneten Jessica Jaccoud ab, welche die Ersatzfreiheitsstrafe in gewissen Fällen abschaffen wollte.

Mit der Petition fordern nun Tausende Menschen aus der Zivilgesellschaft: Schluss mit dieser ungerechten Praxis. Transportunternehmen müssen auf Strafanzeigen verzichten.